

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

27.3.1868 (No. 74)



# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. März.

N. 74.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 3 kr.

## Amtlicher Theil.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 24. d. Mts. wird  
Hauptmann 1. Classe Joseph Schmitt im 3. Infanterie-Regiment auf sein unterthänigstes Ansuchen in den Ruhestand versetzt, mit der Erlaubnis, die Uniform der Officiere vom Armee-corps zu tragen.  
Ferner treten im Groß-Armee-corps nachstehende Beförderungen und Versetzungen ein:

### I. Infanterie.

Hauptmann 1. Classe Karl Sachs im (1.) Leib-Grenadier-Regiment wird in das 3. Infanterie-Regiment versetzt.  
Die Hauptmänner 2. Classe:  
Friedrich Krauth und } im 6. Infanterie-Regiment  
Heinrich Plag }  
rücken in die 1. Classe ihrer Charge vor.  
Hauptmann 2. Classe Max Barak im (1.) Leib-Grenadier-Regiment wird in das 3. Infanterie-Regiment versetzt.  
Die Premier-Lieutenants:  
Adolph Freiherr von Schilling im 2. Infanterie-Regiment, König von Preußen, und  
Albert Krieg im 4. Infanterie-Regiment, Prinz Wilhelm, werden, letzterer unter Versetzung zum 3. Infanterie-Regiment, zu Hauptmännern 2. Classe befördert.  
Premier-Lieutenant Friedrich Lacher im 6. Infanterie-Regiment wird zum 3. Infanterie-Regiment und  
Otto Wagner und } im (1.) Leib-Grenadier-Regiment  
Wilhelm Holz }  
werden, ersterer zum 5. Infanterie-Regiment und letzterer zum 3. Infanterie-Regiment versetzt.  
Die Secunde-Lieutenants:  
Friedrich Deurer im (1.) Leib-Grenadier-Regiment und  
Leopold Kramer im 2. Infanterie-Regiment, König von Preußen,  
werden, ersterer unter Versetzung in das 4. Infanterie-Regiment, Prinz Wilhelm,  
zu Premier-Lieutenants befördert.  
Die Secunde-Lieutenants Ernst Schindler im 4. Infanterie-Regiment, Prinz Wilhelm, und  
Max Eckert im (1.) Leib-Grenadier-Regiment  
werden zum 3. Infanterie-Regiment versetzt.

### II. Artillerie.

Hauptmann 2. Classe Gustav Kuntz im Festungs-Artillerie-Bataillon rückt in die 1. Classe seiner Charge vor.  
Hauptmann 2. Classe Ernst Freiherr von Voelcklin, als Droonanzofficier bei Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog commandirt, tritt als Batterie-Chef in das Feld-Artillerie-Regiment zurück.  
Premier-Lieutenant Anton von Froben im Feld-Artillerie-Regiment wird zum Hauptmann 2. Classe befördert, und  
Premier-Lieutenant Anton Noeldcke in der Pionnier-Abtheilung zur Dienstleistung in den Generalstab commandirt.

### III. Zeughaus-Direction.

Oberst 2. Classe Leopold Freiherr von Neubronn rückt in die 1. Classe seiner Charge vor.

### IV. Verwaltung.

Major Adalbert Stengel, Direktor des Montirungs-Commissariats, erhält den Charakter als Oberstlieutenant.  
Hauptmann Peter Scharnberger wird, unter Versetzung zu den Officieren vom Armee-corps, zum Adjutanten beim Bezirks-Commando des Landwehr-Bataillons Lörrach ernannt.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs vom 24. d. Mts. wird  
dem Major Wilh. Freiherrn von Gemmingen im 3. Dragoner-Regiment, Prinz Carl,  
dem Premier-Lieutenant Heinrich Hauser bei der Straf-Compagnie und  
dem Secunde-Lieutenant Sidor Schupp im 3. Dragoner-Regiment, Prinz Carl,  
die Dienstauszeichnung 2. Classe für Officiere verliehen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

Wien, 26. März. Unterhaus. Das Ehegesetz wurde in der vom Herrenhaus beantragten Modification in

dritter Lesung angenommen; ebenso die Regierungsvorlage, betreffend die Fortsetzung der Steuern bis Ende Juni.

Florenz, 26. März. Die „Nazione“ berichtet, der Kronprinz von Preußen werde sich zur Vermählung des Prinzen Humbert nach Turin und dann nach Florenz begeben.

### Deutschland.

Karlsruhe, 26. März. Seine Durchlaucht der Fürst Ernst von Leiningen und dessen Gemahlin, Ihre Großherzogin, haben die Prinzessin Marie von Baden, sind gestern Nachmittag 2 Uhr zum Besuch der Großherzoglichen Familie dahier eingetroffen und haben im Groß-Schloß Wohnung genommen.

Karlsruhe, 26. März. Nach § 83 des Wehrgesetzes kann den in den nächsten 3 Jahren in das Alter der Wehrpflicht tretenden jungen Leuten von allgemeiner Bildung, welche als Freiwillige auf ein Jahr eintreten wollen, auf Antrag der Prüfungscommission der volle Nachweis ihrer wissenschaftlichen Ausbildung durch das Ministerium des Innern nachgesehen werden.

Wie uns mitgeteilt wird, hat nun das Großh. Ministerium des Innern die Prüfungscommission ermächtigt, denjenigen Wehrpflichtigen, welche sich für dieses Jahr zum einjährigen freiwilligen Dienst anmelden, Berechtigungsscheine auszustellen, sofern dieselben den Nachweis liefern, daß sie den 4. Jahreskurs einer Gelehrten- oder höheren Bürgerschule absolviert haben.

Ueber diejenigen, welche nur den Nachweis des Besuchs des 3. Jahreskurses einer solchen Schule erbringen, sich aber außerdem darüber ausweisen, daß sie ein weiteres Jahr in einer öffentlichen oder Privatschule mit gutem Erfolg Unterricht genossen haben, hat sich das Großh. Ministerium des Innern weitere Entscheidung vorbehalten, ob sie auch ohne Ablegung einer Prüfung als Freiwillige zugelassen werden sollen.

Den übrigen Gesuchstellern kann die Prüfungscommission Berechtigungsscheine ausstellen, wenn dieselben bei einer Prüfung mäßigen Anforderungen in den Unterrichtsgegenständen, welche in dem 4. Jahreskurs einer Gelehrten- oder höheren Bürgerschule gehört werden, entsprechen.

Darmstadt, 25. März. Der Vertrag über die oberhessischen Bahnen mit dem Bankhaus v. Erlanger und Söhne, sowie der Vertrag mit der Ludwigsbahn, die Eisenbahnbauten in Rheinhessen, Worms, Bensheim und die Demowaldbahn betreffend, sind von der Abgeordnetenversammlung mit den Modificationen des Ausschusses durch immense Majorität genehmigt worden.

Dresden, 24. März. Zweite Kammer. Die Generaldebatte über das neue Wahlgesetz wurde beendet. Bei der Abstimmung wurde der § 68 des Gesetzes unter Ablehnung aller Amendements lebhaft in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage angenommen. Der Paragraph bestimmt, daß die Zweite Kammer aus 35 von den Städten und 45 von den ländlichen Wahlkreisen zu wählenden Abgeordneten bestehen soll. Die Debatte wird in der heutigen Abend Sitzung fortgesetzt werden.

Nachschrift. Die Zweite Kammer hat so eben die Verathung des Wahlgesetzes beendet. Sämmtliche Anträge der Majorität des Ausschusses wurden angenommen; ebenso schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 64 gegen 10 Stimmen.

Lübeck, 24. März. Die „Eisen.-Ztg.“ meldet, daß die heute stattgefundene Generalversammlung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft den Vertrag mit der mecklenburgischen Regierung in Betreff des Baues einer Eisenbahn von Lübeck nach Kleine n sanktionirt hat.

Berlin, 24. März. Die „Allg. Ztg.“ bringt folgende anscheinend aus offiziöser Feder stammende Mittheilung: „Man schreibt aus Wien: der dortige dänische Gesandte sei bereits angewiesen, der österreichischen Regierung vorläufig mitzutheilen, daß Dänemark von den in Bezug auf Nord-Schleswig mit Preußen schwebenden Verhandlungen ein Ergebnis nicht mehr zu hoffen vermöge und daß es darnach alsbald in der Lage sein werde, zur loyalen Ausführung der Forderungen des Prager Friedens die geeignete Einflussnahme Oesterreichs in Anspruch zu nehmen. Vorläufig ist indessen dänischer Seite nichts Anderes gesehen, als daß einigen Kabinetten, wohl auch dem österreichischen, Kenntniß von der Sachlage gegeben worden ist. Von dänischer Seite wird, wie aus den neuen vom 9. März datirten Instruktionen, welche Hr. v. Quaade erhalten hat und auf welche ich zurückkommen werde, hervorgeht, noch immer versucht, von Preußen günstigere Bedingungen zu erlangen, und eben deshalb sind durch den hiesigen dänischen Bevollmächtigten neue Propositionen gestellt worden. Dieselben wurden hervorgehoben durch zwei preussische Erklärungen, die Professor Lassen nach Kopenhagen überbracht hatte. Die eine ist eine Rückäußerung auf die dänische Erklärung in Betreff von Preußen aufgestellten zwölf Garantiepunkten; die an-

dere macht unter Voraussetzung der Einigung betreffs der Garantien zum Schutz der Nationalität der im abzutretenden Theil von Nord-Schleswig wohnenden Deutschen das Anerbieten der Abtretung des Amts Hadersleben bis zur Gjenner Buch an Dänemark. Unter den modifizirten Garantieforderungen befinden sich namentlich zwei, welche die dänische Regierung als unannehmbar betrachtet; dieselben gehen dahin, daß für die Regelung der Schul- und Kirchensprache die bezüglichen Verhältnisse des Jahres 1846 als Norm dienen, wonach nur in deutscher Sprache gepredigt und gelehrt werden solle. Von dänischer Seite war die Einrichtung deutscher Gottesdienste neben dem dänischen und deutscher Schulen neben den dänischen auf Staatskosten angeboten worden. Thatsächlich gestattet die preussische Regierung gegenwärtig die dänische Kirchen- und Schulsprache im nördlichen Schleswig. Die andere Forderung geht dahin, daß Deutsche in dem abzutretenden Landestheil, welche sich in ihrer Nationalität gebränkt finden, das Recht haben sollen, ihre Klagen an den Thron des Königs von Preußen zu bringen. Die ursprüngliche Forderung bezog sich auf die Ueberweisung etwaiger Differenzen an ein Schiedsgericht. Was das Anerbieten in Betreff der Grenzbeziehungen anbelangt, so hat sich die dänische Regierung über Annahme oder Ablehnung dieses Punktes nicht ausgesprochen, aber Hr. v. Quaade ist angewiesen, die unter der Voraussetzung der im Art. 5 des Prager Friedens vorgeschriebenen Volksabstimmung gemachten Zugeständnisse in Betreff der nationalen Garantien nunmehr zurückzuziehen und zu erklären, daß Dänemark in Betreff dieser Garantien auf den Standpunkt des Wiener Friedens, bezw. der in diesem Vertrag von Preußen vorgeschlagenen Bestimmungen zum Schutz der Nationalitäten, zurücktrete. Hierauf ist eine preussische Aeußerung noch nicht erfolgt.“

Berlin, 25. März. Sitzung des Reichstags vom 25. März.

Zunächst wurde die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten vollzogen, worüber bereits berichtet worden (s. gest. Bl.). Sodann werden die Gesetzentwürfe über die Aufhebung der politischen Eheschranken und über die Bundesschuldenverwaltung eingebracht. Das Haus beschließt, den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Stats von 1868 in der Schlussberatung zu erledigen; Referent ist v. Bodelsch. Abg. v. Rabenau beantragt, Urlaubsgesuche, welche sich auf die Mitgliedschaft von Einzel-Landtagen stützen, nicht zu bewilligen. Dieser Antrag wird abgelehnt. Graf Bethusy-Huc kündigt einen Antrag an, worin gefordert wird, daß die gleichzeitige Einberufung des Reichstags und der Einzel-Landtage vermieden werde. Nächste Sitzung Samstag. Tagesordnung: Der Gesetzentwurf bezüglich Abänderung des Stats und der Antrag Westens-Baer auf Aenderung der Geschäftsordnung.

Berlin, 25. März. Se. Maj. der König begab sich heute Mittag nach der Zentralfürstentum und wohnte den dortigen Prüfungsübungen bei. Mit Ausgang März erreicht in dieser Anstalt der sechsmonatliche Kursus für Offiziere sein Ende. Am 1. April beginnt in derselben ein neuer dreimonatlicher Kursus für Unteroffiziere. — Heute Nachmittag gegen 4 Uhr ertheilte der König dem Königl. spanischen Gesandten, Don Miguel de Casillo, eine Audienz und nahm das Schreiben entgegen, durch welches derselbe von seiner Souveränin auch als Vertreter Spaniens beim Norddeutschen Bund beglaubigt wird. Darauf hatte der Königl. portugiesische Gesandte in gleichem Auftrag bei Sr. Maj. eine Audienz. — Die Mittheilung eines hiesigen Blattes, daß in Bezug auf den Besuch des Prinzen Napoleon in Berlin an die auswärtigen Vertreter Preußens ein Rundschreiben ergangen sei, welches jede politische Mission des Prinzen bestimmt in Abrede stelle, wird hier auch von andern Seiten bestätigt. Der Erlaß solcher Orientierungsschreiben ist übrigens bei hohen Besuchen, die in der politischen Welt besondere Aufmerksamkeit erregen, etwas ganz Herkömmliches. — Der Ministerpräsident Graf Bismarck ist vorerst zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses ernannt worden. In dem Königl. Berufungspatent wird aber bemerkt, daß seiner Mitgliedschaft die erbliche Berechtigung beigelegt werden solle, sobald er durch die Stiftung eines Majorats seinen Grundbesitz befestigt habe. — In Bezug auf den Vertrag zwischen Preußen, Hamburg und der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft über die Hamburg-Pariser Verbindungsbahn erfahren wir, daß die Anlagelosten der 57 Meilen betragenden Bahnlinie von Hamburg bis Venloo auf 43 Millionen Thlr. festgestellt sind. Die Beschaffung dieser Summe erfolgt in der Weise, daß 13 Millionen Thlr. in Stammaktien und 30 Millionen in Prioritäten ausgegeben werden. Von letzteren übernimmt die Stadt Hamburg 10 Millionen zum Kurs von 95 Proz. Außerdem unterstützt Hamburg das Unternehmen noch durch kostenfreie Hergabe des auf seinem Gebiet erforderlichen Terrains im Werth von etwa 1 Million Thlr. Der preussische Staat bringt für das Unternehmen keine finanziellen Opfer.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. März. Herrenhaus. Nachdem die Prinzipienfrage in der Ehegesetz-Debatte entschieden war, erklärten bekanntlich die geistlichen Mitglieder des Hauses in einer Zuschrift an das Präsidium — vertreten durch Fürst Colloredo —, daß sie sich an der weiteren Debatte über das Ehe-



und Schulgesetz nicht mehr betheiligen würden. Diese Zuschrift lautet wörtlich:

Euer Durchlaucht! Die Unterzeichneten sind überzeugt, daß dem Reichsrath die Pflicht obliegt, bei der ihm verfassungsmäßig zustehenden Theilnahme an der Gesetzgebung die von der Staatsgewalt durch Vertäge übernommenen Verbindlichkeiten zu ehren, und es ihm daher rechtlich unmöglich sei, die von Sr. K. Apostol. Maj. mit dem heil. Stuhle geschlossene Vereinbarung als nicht bestehend zu behandeln. Da nun die Stimmenmehrheit des hohen Hauses vorgestern, am 21. März, sich bereit erklärte, von der vertragmäßig übernommenen Verpflichtung Umgang nehmen zu wollen, und die dem Konordat offenbar widersprechenden Gesetzentwürfe über Ehe und Schule in diesem Sinne und von diesem Standpunkt aus in Verhandlung kommen werden, so sehen sich die Unterzeichneten außer Stand, an den gedachten Verhandlungen Theil zu nehmen. Indem sie dies Euer Durchlaucht ergebenst anzeigen, erneuern sie den Ausdruck vollkommenster Hochachtung. — Wien, 23. März 1868. Kardinal Fürst Schwarzenberg von Prag; Kardinal Rauscher, Erzbischof von Wien; Landgraf Fürstenberg, Erzbischof von Olmütz; Symonowicz, katholischer Erzbischof von Lemberg; Wierzblewski, Erzbischof r. I. von Lemberg; Litwinowicz, griechischer Erzbischof von Lemberg; Dr. Förster, Bischof von Breslau; Riccabona, Fürstbischof von Trient; Gasser, Fürstbischof von Brixen; Dr. Wietz, Fürstbischof von Gurk; Widmer, Fürstbischof von Laibach; Stepischneff, Fürstbischof von Lavant; Zwenger, Fürstbischof von Seckau.

**Wien, 24. März.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses stand die erste Lesung der Finanzvorlagen auf der Tagesordnung. Der Finanzminister Dr. Brestel ergriff das Wort, um die Regierungsvorläufe zu erläutern. Die Wiener Abendblätter bringen einen Bericht über den ersten Theil seiner Rede, den wir in folgendem wiedergeben:

Minister Brestel begann mit der Erklärung, daß er das Finanzgesetz für's nächste Jahr noch nicht vorlegen könne, da die Delegationen ihre Arbeiten noch nicht beendet hätten; doch seien diese Arbeiten schon so weit gediehen, daß sich das Defizit für 1868, wie vorausgesetzt, auf etwa 52 Millionen berechnen lasse. Dabei seien jene 18 Millionen nicht einbezogen, welche der Anteil der diesseitigen Länder an dem Extraordinarium im gemeinsamen Kriegsbudget beträgt. Gleichwohl, fährt der Redner fort, ist für diese 18 Mill. keine spezielle Deckung nöthig, weil, wie bekannt, die Reste der Aktiva der Zentralfinanzen einer besondern Liquidation zwischen beiden Reichshälften vorbehalten, und da diese sehr werthvoll sind, jedenfalls für diese Länder ein Betrag entfallen dürfte, wodurch diese 18 Mill. gedeckt werden; es dürften sogar ein paar Mill. übrig bleiben. Wir haben also nur für die Deckung der 52 Millionen zu sorgen; die Abstriche, welche die Delegation gemacht hat, sind nur formeller Natur; sie sind aus dem Reichsbudget gestrichen, werden aber den Landesbudgets zur Last fallen — die Lage wird dadurch nicht geändert.

Wenn nun die Frage entsteht, auf welche Weise dieser Abgang gedeckt werden solle, so ist zu unteruchen, ob man bloß provisorisch dafür sorgen und ob der Abgang als etwas Vorübergehendes oder Dauerndes angesehen werden sollte. Ich brauche die finanzielle Lage der Monarchie im Detail wohl nicht zu schildern. Sie ist so oft dargelegt worden, daß ich glaube, das hohe Haus wird dem Ministerium das benevolentium inventarii gewähren. Wir haben die Lasten immer größer werden, den Kredit immer mehr sinken gesehen, so daß die letzten Anleihen zu wahrhaft furchtbaren Bedingungen aufgenommen wurden. So trug das steuerfreie Anleihen tatsächlich 8 1/2 Proz., das Silberanleihen von 1865 10 Proz., selbst das Domänenanleihen 7 1/2 Proz., und man darf sagen, der Kredit ist in einer Weise gesunken, daß zu außerordentlichen Maßregeln gezwungen werden muß.

Die Regierung mußte die Nothwendigkeit erkennen, daß nicht bloß für die Bedürfnisse des laufenden Jahres gesorgt, sondern auch die Zukunft in's Auge gefaßt werden müsse — dazu kommt, daß der Ausgleich mit Ungarn, wie sich nicht verkennen läßt, unsere finanzielle Lage insofern noch verschlimmert hat, als Ungarn nicht die volle Beitragleistung übernommen hat, die es eigentlich hätte übernehmen sollen. Dadurch ist die Situation verschlimmert, und jetzt, wo das erste diesseitige Budget entworfen wird, müssen die nöthigen Maßregeln getroffen werden. Es mußte vorerst in's Auge gefaßt werden, wie sich die Lage in den nächsten Jahren stellen werde; und da stellt sich heraus, daß in den Jahren 1869 und 1870 keine namhafte Verminderung des Erfordernisses eintreten wird. Die Ersparnisse in der Verwaltung ist eine solche, die an und für sich keine wesentlich bedeutende sein kann: denn wenn auch eine Verminderung des Status der Beamten möglich sein wird, so ist die Nothwendigkeit vorhanden, denjenigen, welche im Dienst des Staates bleiben, ihre Lage zu verbessern, wozu noch kommt, daß in der nächsten Zeit auch eine Vermehrung des Pensionats eintreten wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Militärstat, wo beträchtliche Ersparungen ebenfalls nicht sofort erzielt werden können. Ich kann daher dasjenige, wodurch eine Ersparnis erzielt würde, für die nächsten Jahre nicht sehr hoch veranschlagen, weil es sich für das nächste Jahr 1869 vielleicht auf zwei und für das darauffolgende Jahr vielleicht auf vier Millionen Gulden beläuft. Es wird mithin in dem Fall, daß ein durchschnittlicher Abgang für die nächsten zwei Jahre 1869 und 1870 von je 50 Millionen Gulden veranschlagt ist, für alle drei Jahre eine Summe von beiläufig 150 Millionen Gulden sich herausstellen, in der Voraussetzung, daß keine wesentlichen Veränderungen der politischen Verhältnisse eintreten würden.

Ist nun eine Verminderung in den regelmäßigen Verwaltungsausgaben in der nächsten Zeit wohl nicht zu erwarten, so entsteht die Frage, ob dies auf dem Wege erhöhter Einnahmen zu erzielen sei. Es handelt sich hier vor Allem um eine Veränderung der Steuererhebung. Was aber die Steuererhebung angeht, so wird es allerdings möglich sein, beispielsweise bei der Branntweinsteuer durch Abänderung der gegenwärtig bestehenden Gesetzgebung ein Mehrerträgnis in den beiden nächsten Jahren 1869 und 1870 zu erzielen, welches Mehreträgnis sich indes wesentlich doch als Wiederherstellung desjenigen Erträgnisses darstellen wird, welches früher bereits erzielt worden war; es ist indes immerhin ein namhafter Betrag von 3—4 Millionen Gulden. Was aber unsere direkten Steuern betrifft, so ist es gewiß, daß sie einer durchgreifenden Reform bedürfen. Man glaubt wohl, daß es lange verzögert wird; dem ist aber nicht so; die Ansätze sind ja schon gelegt worden. Die Regierung wird in der nächsten Zeit dem Hause eine vollständige Gesetvorlage darüber machen; man kann aber nicht erwarten, daß die Beträge sehr verschieden sein werden, daß die Reform sofort wirken werde; es wird immerhin noch ein bedeutender Zeitraum verfließen, ehe die Sache vollständig durchgeführt sein wird, und die Reform der Einkommen-

steuer wird die Erwerbsteuer auch berühren; diese Reform wird in kürzester Frist durchgeführt werden, aber ihre volle Wirkung dürfte erst in ein paar Jahren sich zeigen. Was die Grundsteuer angeht, so wird diese auch einer Reform unterzogen werden. Die gegenwärtige Steuererhebung für den Grundbesitz ist meiner Ueberzeugung nach nicht haltbar. Es wird daher im Allgemeinen die Durchführung der Gesetzgebung jedenfalls eine lange Zeit in Anspruch nehmen, und es stellt sich die Nothwendigkeit heraus, für die nächsten zwei Jahre — 1869 und 1870 — Sorge zu tragen, weil eben das Resultat der Steuerreform in diesem Jahr noch nicht praktisch erwartet werden kann. Indem die Regierung sich entschlossen hat, für die Deckung des Abgangs der Jahre 1868—1870 im Zusammenhang zu sorgen, und die Deckung weber durch Verminderung der Ausgaben, noch durch ein bedeutendes Mehreträgnis der bestehenden Steuern vollständig zu erzielen ist, so mußte man sich die Frage stellen, ob es überhaupt zweckmäßig wäre, wie es in den früheren Jahren der Fall war, eine Vermehrung der Staatsschuld eintreten zu lassen.

Der Minister bespricht hierauf die Unzweckmäßigkeit einer etwaigen weiteren Vermehrung der Staatsschuld, die Unmöglichkeit einer weiteren Staatsnoten-Emission und die Nothwendigkeit, den vorhandenen Bedarf auf außerordentlichem Weg durch Erhöhung der bestehenden Ausgaben zu decken. In Betreff einer etwaigen Staatsnoten-Emission sagt der Minister: Wenn die Sicherheit der Erhaltung des Friedens vorläge, so könnte möglicher Weise eine Vermehrung der Staatsnoten gewagt werden. Nun ist die Lage Europa's keine so beruhigende. Wenn auch kein Krieg zu besorgen ist, so ist doch die Möglichkeit und Nothwendigkeit von Rüstungen nicht ausgeschlossen, und auf diese Möglichkeit muß Bedacht genommen werden. Wenn nun plötzlich ein großer Geldbedarf eintreten würde, dann bliebe nichts übrig, als die Vermehrung der Staatsnoten. Wollte man aber heute schon diesen Weg wählen und nicht sich kluger Weise dieses Mittel für die Zeit der äußersten Gefahr aufsparen und in dieser mit der Vermehrung der Staatsnoten fortfahren, so würde unsere Valuta in eine so traurige Lage gerathen, daß ich ins Detail darüber gar nicht eingehen mag. Es war daher ein Gebot der Klugheit, nicht diesen Weg zu wählen. Nun mußte sich allerdings der Regierung der Gedanke aufdrängen, daß ein nicht unbeträchtlicher Theil dieses Abgangs von daher rührt, daß die Länder der ungarischen Krone nicht jenen vollen Beitrag zu den Lasten der Staatsschuld übernommen haben, den sie im Verhältniß zu übernehmen hatten, und daß man den diesseitigen Ländern nicht zumuthen kann, Anstrengungen zu machen, um Verpflichtungen zu genügen, die nicht mehr die ihrigen sind.

Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung in Erwägung gezogen, den Betrag, welchen die Ungarn zu wenig leisten, etwa 12 Millionen, durch eine Auflage von den Staatsgläubigern hereinzubringen. Als der Betrag dieser Auflage haben sich 10 Proz. der Zinslast dargeboten. Die Gesamtsumme, welche die Konversion und Couponbestimmung einbringen wird, berechnet der Minister auf 17 Millionen. Durch Staatsgüter-Verkauf werden in den 3 Jahren weitere 25 Millionen aufgebracht. Um den Rest zu decken, griff man zu der allerdings großen Last einer dreijährigen Vermögenssteuer. Die Regierung glaubt deren Ertrag auf 60 Millionen, also 20 Millionen per Jahr schätzen zu können. Die Regierung verkenne nicht die Härte dieser Maßregel, aber es sei ein dringendes Bedürfnis des Staates und jedes Einzelnen; sie wird einer größeren Krisis vorbeugen. Nach 1870 könne man das Defizit bis auf 33 Millionen vermindern. Er glaube, daß ohne gerade optimistisch zu urtheilen, daher eine Wiederholung der außerordentlichen Maßregel nicht nothwendig sein werde. Der entgegengesetzte Wille, Ordnung in die Verhältnisse zu bringen und zu erproben, und der eheliche Wille, von allen Seiten, seine Pflicht zu erfüllen, berechtigt, so wenig man eine Gewißheit für die Zukunft aussprechen kann, zur Hoffnung auf ein Besseres werden.

**Wien, 24. März.** Der Jubel, mit dem der Beschluß des Herrenhauses über das Ehegesetz in der Hauptstadt aufgenommen ist, findet das lebhafteste Echo in den Provinzen. Die Wiener Blätter bringen eine Menge von Zuschriften und Telegrammen, welche die freudige Theilnahme des Volkes an dem Stöße, der gegen das Konordat geführt worden ist, bekunden. In Olmütz, in Sternberg, in Graz, in Klagenfurt wurde illuminiert. Dankadressen an das Herrenhaus sind von verschiedenen Gemeinderäthen bereits beschloffen, von Seiten anderer im Werke. In Prag ward die Gemahlin des Dr. Herbst von allen Seiten beglückwünscht. Auch in Pesth hat der Ausfall der Ehegesetz-Debatte allgemeine begeisterte Theilnahme gefunden. Die Städte Linz und Teschen haben dem Grafen Anton Auersperg (Anast. Grün) das Ehrenbürgerrecht ertheilt und Zustimmungsadressen an das Herrenhaus gerichtet.

**Wien, 25. März.** Wenn ein offizielles dänisches Blatt die Anrufung einer Intervention Oesterreichs in der nordisch-schwedischen Angelegenheit in Abrede stellt, so legt es möglicher Weise den Nachdruck auf das Wort „Intervention“ im strengen Wortsinne. Aber das Blatt kann und wird nicht bestreiten, daß die nordisch-schwedische Frage so eben von Dänemark in Wien und darauf von Oesterreich in Berlin zur Sprache gebracht worden ist, und daraus ergibt sich, mag man das nun Intervention nennen dürfen oder nicht, daß Dänemark doch in irgend einer Art eine diesseitige Einflußnahme veranlaßt hat.

#### Schweiz.

**Bern, 25. März.** Als Vertreter der Schweiz bei Wiederaufnahme der Unterhandlungen über den schweizerisch-deutschen Handelsvertrag wird Landammann Heer bezeichnert.

#### Franreich.

**Paris, 25. März.** Sitzung des Senats vom 24. März.

In der gestrigen Sitzung kam der von dem Gesetzgeb. Körper für Algerien bewilligte Kredit von 2 Millionen Fr. zur Verhandlung. Marschall Mac-Mahon ergriff, in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur von Algerien, das Wort, um eine ausführliche Schilderung der gegenwärtigen Lage der Kolonie zu entwerfen, und die Regierung gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß sie nicht Alles aufgeboten habe, um dem Elend der arabischen Bevölkerung vorzubeugen und möglichst abzumildern. Vor Allem läßt es sich der Marschall angelegen sein, das in der afrikanischen Kolonie herrschende Militärregiment zu

rechtfertigen, und insbesondere die so häufig und so schwer angegriffenen sog. arabischen Bureaus in Schutz zu nehmen. Der Marschall erwähnt, um darzutun, mit welcher Umsicht die Kaiserl. Regierung gehandelt habe, einen Brief, den der Kaiser schon im April 1867 an ihn, den Marschall, geschrieben habe. Es hieß darin, u. A.: „Behalten Sie die Lage der Eingebornen fortwährend im Auge und treffen Sie, es koste, was es wolle, die nothwendigen Vorkehrungen zu ihrer Unterstützung. Frankreich will nicht, daß man ihm eines Tages nachsagen könne, es habe seiner Herrschaft unterworfenen Bevölkerungen im Elend zu Grunde gehen lassen.“

Marschall Mac-Mahon hat eine optimistische Anschauung von der Lage Algeriens, und er trägt dieselbe offen und ehrlich zur Schau. Er findet die Besteuerung und die Vertheilung des Eigenthums der Eingebornen ausgezogen, ebenso auch die Rechtspflege, das Unterrichtswesen, wie sie jetzt bestehen. Er zeigt, welche Vortheile Algerien für die Ausbildung und Abhärtung der Soldaten dem Land gewähre, und entwickelt schließlich, wie die Kolonie noch lange nicht dem Mutterland die ungeheuren Ausgaben aufgebürdet habe, von denen man fortwährend spreche. Er hat die Ausgaben und Einnahmen der Kolonie von 1830 bis 1867 zusammengefaßt, und ist dabei zu einem Resultat gelangt, das um so mehr bekannt zu werden verdient, als es nach der Versicherung des Marschalls selbst ganz geeignet ist, den Senat in Erstaunen zu setzen. Doch läßt Marschall Mac-Mahon die Ausgaben für die Armee bei Seite, da diese Ausgaben dadurch, daß Algerien die große Kriegsschule für die Armee ist, dem Land von unbestrittenem und allgemeinem Nutzen gewesen sind. Nach Abzug der militärischen Ausgaben also hat die Kolonie in 17 von den 36 Jahren Frankreich mehr eingebracht, als es Ausgaben verursacht hat. Die Gesamtsumme der Ueberschüsse des Ertrags beläuft sich auf 19,567,647 Fr. Die 19 andern Jahre ergeben einen Ueberschuß von Ausgaben, der zwischen 554,000 und 6 Mill. Fr. variierte und im Jahr 1849 sich auf 14 Mill. belief. Im Ganzen beträgt der Ueberschuß der Ausgaben dieser 19 Jahre 80,148,781 Fr. Zieht man davon die 19,567,647 Fr. ab, so bleibt die Summe von 60,581,134 Fr. als Gesamtsumme der Kosten übrig, welche seit dem Jahr 1830 Algerien Frankreich verursacht hat.

Der Marschall untersucht nun, welche Vortheile auf der andern Seite Frankreich aus Algerien gezogen hat. Zum Schluß drückt der Marschall sein unerschütterliches Vertrauen in die Zukunft Algeriens aus, das schon 72,000 in dem Lande geborne Abkömmlinge europäischer Eltern besitzt. Die Rede des Marschalls wird mit großem Beifall aufgenommen, und nach einigen Worten des unvermeidlichen Barons Dupin und des Kardinal-Erzbischofs von Bordeaux genehmigt der Senat einstimmig das Gesetz.

Bei Beginn der Sitzung theilt Präsident Troplong den Tod des Senators Graf de la Ribouilliere mit, der schon Kammerherr und Ordennanzoffizier Napoleon's I. gewesen war.

**Paris, 25. März.** Der Gesetzgeb. Körper votirte heute den Artikel 1 des Vereinsgesetzes und darauf das ganze Gesetz mit 209 gegen 20 Stimmen. Die Sitzung wird vertagt. — Der „Etenbard“ widerlegt die Nachricht von einer Reise der Kaiserin nach Wien. Das Blatt zeigt zugleich den Besuch der Kaiserin von Oesterreich in Paris auf Juni an, bei welcher Gelegenheit glänzende Feste gegeben würden.

**Paris, 25. März.** Die Thronrede des Königs von Preußen hat ihres friedlichen Tones wegen hier allenthalben den besten Eindruck gemacht. — Dem „Journ. de Paris“ zufolge ist die Rede von einer Petition, welche eine Anzahl junger Leute an den Senat zu richten beabsichtigen, weil sie in die mobile Nationalgarde incorporirt worden sind, und sie sich ihren Papieren nach für ganz vom Militärdienst befreit hielten. — Der Handelsminister, Sr. de Forcade la Roquette, will nach demselben Blatt mehrere Beamte seines Ministeriums nach Berlin absenden, mit der Mission, den Verhandlungen des Zollparlaments zu folgen. — Die Kommission für die Prüfung der Finanzgesetz-Entwürfe hat Hr. Alfred Le Roux zu ihrem Präsidenten, und die H. Wege, Fabre und Greffier zu Sekretären gewählt. — Die Angelegenheit des Hrn. v. Kervégue wird am Freitag den 8. April vor die 6. Kammer des Zuchtpolizeigerichts kommen. — Rente 69, Cred. mob. 263.75, ital. Anl. 47.30.

#### Rußland und Polen.

**St. Petersburg, 24. März.** Das verbreitete Gerücht, daß das Tarif-Revisionskomitee seine Thätigkeit einstellt, bestätigt sich. Es wird ein anderes Komitee mit Zuziehung von Sachverständigen beim Dekonomie-departement des Reichsrathes errichtet werden.

#### Großbritannien.

**London, 24. März.** Gladstone hat gestern Abend im Unterhause seinen inhalts- und folgenreicheren Antrag in Betreff der irischen Kirche gestellt, in Gestalt der folgenden drei Resolutionen:

1) Daß es nach der Ansicht dieses Hauses nothwendig ist, daß die Staatskirche von Irland als Staatskirche zu bestehen aufhöre, während allen persönlichen Interessen und allen einzelnen Eigenthumsrechten gebührend Rechnung getragen werde.

2) Daß es den vorstehenden Erwägungen entsprechend angemessen ist, die Schaffung neuer persönlicher Interessen durch die Thätigkeit irgend eines öffentlichen Patronats zu verhindern und die Thätigkeit der Kirchenkommission für Irland bis zur endgiltigen Entscheidung des Parlaments auf solche Gegenstände zu beschränken, die von dringender Nothwendigkeit sind oder die Rechte Einzelner betreffen.

3) Daß Ihrer Maj. eine ergebene Adresse überreicht werde mit der demüthigen Bitte, daß im Hinblick auf die vorbenannten Zwecke Ihre Maj. geruhen möge, Ihren Antheil (d. i. das Patronat der Regierung) an den Einkünften der Erzbischöflicher, Bischöflicher und anderer kirchlichen Würden und Pfründen in Irland dem Parlament zur Verfügung zu stellen.

An die von Beifall unterbrochene Verlesung dieser Resolutionen knüpfte Gladstone nur wenige Worte, in welchen er die Regierung ersuchte, einen Tag zur Besprechung des Antrages festzusetzen; sollte dies nicht geschehen können, so würde er selbst wahrscheinlich am nächsten Freitag die Gelegenheit nehmen, die Verhandlung herbeizuführen. Von seiner Seite des Hauses laut begrüßt, erhob sich Disraeli zu einer etwas weitläufigen Antwort, worin er auf die im Lauf dieser Woche noch zu erledigenden Geschäfte, einen Theil des Armeegesetzes und die Ernennung der Abgrenzungskommission in



Verbindung mit dem irischen Reformgesetz, hinwies, und schließlich den künftigen Montag als den geeigneten Tag zur Besprechung des Antrages nannte, obwohl bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes eine längere Frist wünschenswerth gewesen wäre. Sollte die Debatte am Freitag zum Schluß gediehen sein, so würde das Haus sich dann für die Osterferien vertagen. Im Verlauf seiner Antwort führte der Minister dem Hause die Nothwendigkeit einer baldigen Erledigung des irischen Reformgesetzes vor, damit im nächsten Frühjahr die Auflösung des Parlaments vorgenommen werden könne, wie es ja von jeher beabsichtigt gewesen. Gladstone erklärte sich mit dem Vorschlag Disraeli's dankend einverstanden, und glaubte, daß sich bis Montag der Weg zur Eröffnung der Debatte bahnen lassen werde.

**London, 25. März.** Lord Derby ist hier angekommen. Prinz Arthur wird nächsten eine Reise nach dem Orient antreten. — Heute Abend wird die Einweihungsfeier des neuen Gebäudes für das auswärtige Ministerium stattfinden. Disraeli wird bei der Feier zugegen sein. — Robert Wurchison ist zum Mitglied der Pariser Akademie gewählt worden.

**London, 24. März.** Die konservativen Abendblätter drohen offen mit einer Auflösung des Parlaments, wenn die Majorität des Unterhauses sich für die Resolutionen Gladstone's entscheiden sollte; denn in diesem Fall würde nicht bloß die irische Staatskirche verloren sein, sondern auch die schottische und die englische würden sich gegen die voraussichtlich immer wiederkehrenden Angriffe nicht lange behaupten können. (Eine gewiß sehr richtige Ansicht.) Einen Antrag so revolutionären Charakters könne die Regierung nimmermehr annehmen, und so leid es ihr auch thun müsse, den Gang der Geschäfte zu unterbrechen, würde sie sich doch widerstrebend genöthigt sehen, die Frage der Entscheidung des Landes, d. h. eines neuen Parlaments anheimzustellen.

#### Lebantenpost.

**Konstantinopel, 18. März.** Der neue Staatsrath begreift hervorragende Christen aus verschiedenen Provinzen in sich; es gehört zu seinen Befugnissen, sich mit einer bessern Vertheilung der Steuern und mit allen Fragen zu beschäftigen, welche dahin gehen, die Verwaltung zu verbessern. Einige neue, aus Serbien kommende Banden sind in Bulgarien eingedrungen, wurden aber von den Truppen und der muslimänischen Bevölkerung zurückgeschlagen. Der Sultan hat mit sehr großer Auszeichnung Sir Gabriel, den ehemaligen Lordmayor, aufgenommen, der im verflossenen Jahr Se. Ottomantische Majestät bei seiner Reise nach London empfangen hat.

#### Amerika.

**New-York, 12. März.** Die Frage Gold- oder Papierzahlung der 5-20-Bonds wird fortwährend mit Eifer erörtert. Das Bankhaus Jay Cooke u. Comp., das seiner Zeit die fraglichen Bonds zuerst unternommen hatte, erhebt nun auch seine Stimme in der Sache und spricht sich entschieden für Goldzahlung aus.

Als unser Hr. Jay Cooke den Verkauf der Anleihe unternahm — heißt es in dem Brief der Firma —, hatte die Regierung mit ihren Versuchen, die Bonds durch andere Kanäle auf den Markt zu leiten, vollständig Schiffbruch gelitten. Die Bonds wurden dem Volk direkt angeboten und fanden Absatz zu Preisen, die unmöglich hätten erzielt werden können, wenn nicht die bestimmte Voraussetzung vorgelegen hätte, daß Kapital wie Zinsen in Gold abgezahlt seien.

Der Brief geht Johann zu einer Betrachtung der betreffenden Kongressakte über und weist nach, daß dieselbe stillschweigend das Zugeständniß oder Versprechen der Metallzahlungen enthalte, daß ferner alle bis jetzt fällig gewordenen und eingelösten Anleihen, ohne eine ausdrückliche Erwähnung der Baarzahlung als durch Verpflichtung geboten, in Münze getilgt worden seien. Bezüglich der Papierzahlung bemerkt die Abhandlung:

Was ist ein Papier-Dollar (Greenback) anders, als das Versprechen, einen Dollar zu zahlen? Wollte man 500 Mill. Doll. emittiren, um damit 5-20-Bonds zu tilgen, so würde man später diese Papier-Dollars wieder einzulösen haben, und womit, wenn nicht mit Gold? Eine derartige Emission von Papiergeld unternimmt, wie jeder denkende Mann weiß, alle Verhältnisse, und Baarzahlungen würden dadurch in eine blaue Ferne gerückt werden. Auf dem andern Weg in dessen werden ohne Ausbeutung der Papierzirkulation Baarzahlungen wieder möglichst bald aufgenommen werden, wird das Papier bis zu dem Goldwerth hinauf steigen, und Goldzahlungen werden keine Schwierigkeit mehr bieten.

Am Schluß wird nachgewiesen, daß von den 3,256,509 erlösenden Noten 2,877,813 auf kleine Beträge lauten und in den Händen kleiner Kapitalisten seien, und daß es ein Raub an Wittwen und Waisen und am kleinen Kapital sein würde, wenn der Kongress die durch eine Reihe von Finanzministern und deren Agenten anerkannten Verpflichtungen durch eine Abstimmung illusorisch machen würde.

#### Waden.

(E.) Karlsruhe, 26. März. (Zur Gasfrage.) Das Komitee der Versammlung vom 14. März hat heute Nachmittag folgendes Schreiben an den Hrn. Gasdirektor Lang dahier gerichtet, welches das Gesuch um Herabsetzung des Gaspreises abschlägig verbeschieden hat: „Sie empfangen hiermit die ergebene Mittheilung, daß wir Ihre Zuschrift vom 25. d. M. heute erhalten und zu unseren Akten gelegt haben. Unsere gegenseitigen Unterhandlungen sind damit beendet.“ Gleichzeitig hat das Komitee folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Auf unsere bekannte Zuschrift an Hrn. Gasdirektor Lang dahier vom 17. d. M. haben wir heute eine Erwidderung erhalten, wodurch unser Gesuch um Herabsetzung des Gaspreises abgeschlagen ist. Dagegen wünscht Hr. Direktor Lang, daß wir dem Gemeinderath das Ansuchen unterbreiten, den Gasvertrag sofort auf eine fernere Reihe von Jahren zu verlängern, worauf dann eine Preisverminderung erfolgen werde. Wir haben heute dem Hrn. Lang hierauf erwiedert, daß wir seine Zuschrift erhalten und zu unseren Akten gelegt haben und daß unsere gegenseitigen Unterhandlungen damit beendet seien. Wir haben damit sicher im Sinne der Versammlung vom 14. d. M.

und aller Derjenigen gehandelt, welche sich uns bis heute angeschlossen haben, sowie auch im Sinne des verechl. Gemeinderaths und vieler Gasconsumenten, welche bis jetzt uns nicht beigetreten sind. Sämmtliche Unterzeichner unserer Listen sind nunmehr verpflichtet, von jetzt an in möglichst kurzer Zeit ihre Beziehung mit der Gasanstalt dahier abzubrechen. An alle übrigen verechlichen Gasconsumenten richten wir aber die dringende Bitte, sich unserm Beginnen anzuschließen, denn sie haben nun den Beweis, daß nur Einigkeit uns zum Ziele führen kann. Unterzeichnungslisten liegen zu diesem Behuf fortwährend bei den Mitgliedern des Komitee's auf. Wir vertrauen auf den Gemeinsinn der Bewohner der Residenz.“

Heidelberg, 22. März. (R. V. Bdz.) Am 25. d. M. soll die erste der von Stadtdirektor Söbber angeregten Bürgerversammlungen in der Harmonie stattfinden; Hr. Geh. Rath Bluntzschli wird bei dieser Gelegenheit einen Vortrag über den Charakter und die Bedeutung der Zollparlaments-Wahlen halten. — Anstatt der bisherigen Bezirksräthe (H. Bluntzschli, Pagenstecher, Krausmann, Robr. Müll), welche am 1. Mai d. J. gesetzlich auszutreten haben, sind aus der aufgestellten Vorschlagsliste vom Ministerium d. J. für die laufenden 2 Dienstjahre ernannt worden: die H. Prof. Goldschmid in Heidelberg; Dr. Wilh. Blum von da; der zweite Bürgermeister Ph. Schaaf; Hr. Karl v. Göler von Mauer und Bürgermeister Kübler von St. Ngen.

Freiburg, 25. März. Heute wurde das Jubiläum der 25jährigen erzbischöflichen Würde Sr. Excell. des Hrn. Erzbischofs v. Vicari — die bischöfliche Besitztüter bereits seit 36 Jahren — feierlich begangen.

Willingen, 21. März. (Oberh. Kur.) Bekanntlich hat Wette in Böhrnbach bei der letzten Pariser Ausstellung für ein mächtiges Orchester die silberne Denkmünze erhalten. Die Firma Johann Wessling und Söhne in Unterkärnten hat nun ein ähnliches, noch größeres und vollstimmigeres Werk zur Vollendung gebracht, welches in den nächsten Tagen für 20,000 fl. in einen großen Gasthof zu St. Petersburg abgehen wird. Wir hörten die Duvertüren zur „Stimmen von Portici“ und zum „Freischütz“, sowie ein sehr gefälliges von den Söhnen des Bürgermeisters Johann Wessling zusammengestelltes Potpourri. Man ersieht über die Präzision des Zusammenspiels, namentlich über den Wechsel der Klangfarben und die Forte- und Piano-Stellen, ja sogar natürlich und richtig angebrachte Ritardando sind zu hören, die fast vergessen machen, daß keine menschliche Hand und tieferes Fühlen unmittelbar eingreift.

#### Vermischte Nachrichten.

— Dieser Tage gastirte der Bahngänger Dr. Speigler vom Großh. Hoftheater zu Karlsruhe in Freiburg als Marcel in den „Hugenotten“ von Meyerbeer, und zwar mit sehr günstigem Erfolg. „Dr. Speigler“ — sagt der „Oberh. Kur.“ —, welcher dem Benehmen nach die Parodie zum ersten Mal lang, überraschte durch prächtige Stimme und charakteristischen Vortrag. Wir stellen dem jungen Sänger das günstigste Prognostikon.“ Wädhigen Beifall errang sich Johann die gleichzeitig gastirnde Frau v. Lichman-Gary von Wiesbaden.

— Nürnberg, 23. März. (N. Anz.) Der hiesige Handels- und Fabriktrath hat, zugleich in Bevollmächtigung einer Anzahl anderer ähnlicher Körperschaften, einen Prozeß an den österröischen Staatsminister der Finanzen gegen Einführung und Erhöhung der Couponesteuer auf Staats- und Industrieapier eingeleitet.

— Darmstadt, 24. März. Die diesjährige Dividende der Darmstädter Zeitelbank ist auf 5 Proz., die der Industriebank auf 6 1/2 Proz. festgesetzt.

— Berlin, 25. März. (Tel.) In einer Besprechung von Reichstags-Mitgliedern wurde Ministerpräsident Fürst Hohentlohe als erster, Hr. v. Roggenbach als zweiter Vizepräsident des Zollparlamentes in Aussicht genommen. Ueber die Kandidatur für die erste Präsidienstelle ist noch nichts entschieden.

— Rom, 24. März. Abends. Das „Giorn. di Roma“ sagt, daß während des Jahres 1867 aus dem Kirchenstaat von antiken und modernen Statuen und Gemälden für einen Totalwerth von 21,623,310 Franken ausgeführt worden ist.

— Danzig, 25. März. Das Aeltestenkollegium der hiesigen Kaufmannschaft beschloß in heutiger Sitzung einstimmig den Austritt aus dem deutschen Handelslag.

— Paris, 25. März. Das rasende Hazardspiel, das jetzt in den meisten Pariser Zirkeln an der Tages- oder vielmehr an der Nachtordnung ist, fordert jede Woche neue Opfer. Ein junger Gemann hat kürzlich, wie die „France“ berichtet, eine Million Franken netto verloren. Seine Frau hat ihre Pferde, ihre Wagen und Diamanten verkauft und ihren großartigen Haushalt eingeschränkt, um die Schulden zu können. Sie tröstet sich damit, daß ihr oder Gemahl wenigstens von einer Leidenschaft geheilt sein werde, aber derer alles Uebrige, sogar seine Frau, vergessen habe. — Man spricht auch viel von einer dieser Tage gespielten Partie, in welcher einer der Spieler 493,000 Fr. verloren hat. Der Herr, der vom Glück besonders begünstigt worden war, hatte sich das bescheidene Ziel gesetzt, eine Million zu gewinnen und sich alsdann zurückzuziehen. Bereits hatte er es bis auf 994,000 Fr. gebracht, als ihn der oben erwähnte Schlag traf. Er begünstigt sich nun mit der Hälfte.

△ Karlsruhe, 17. März. (Großh. Verwaltungs-Gerichtshof. Schluß.) Von den beiden übrigen Fällen betraf der eine die Zulassung eines Bürgers von Weinheim zur Verehelichung. Derselbe wurde unter Abänderung des bezirksrätlichen Erkenntnisses zu Gunsten des Bewerbers entschieden. Im andern und letzten Falle verlangte der „evangel. Hauptlehrer von Handfshausheim als Vertreter der dortigen Schulschule von der Gemeinde den Ersatz von Flußbau-Steuern, welche er in der gleichen Eigenschaft vom Steuerkapital des Schulhauses bezahlen müsse. Zur Begründung dieses Anspruchs wurde geltend gemacht, daß die Gemeinde dem Lehrer den vollen Normalgehalt und freie Wohnung gewähren müsse und daher durch die fragliche Steuer weder der erstere geschmäleret, noch die letztere belastet werden dürfe. Ueberdies habe der Lehrer an seiner Dienstwohnung nur die einem Miether landrechtlich obliegenden kleinen Reparaturen zu tragen, und könne daher auch bezüglich der Besteuerung nicht schlimmer daran sein als ein Miether. Der Gerichtshof hielt jedoch diese Gründe nicht für stichhaltig, da die gesetzlichen Vorschriften über den Normalgehalt und die freie Wohnung nur das Verhältnis des Lehrers zur Gemeinde betreffen, welches durch die von dem Lehrer an den Staat zu entrichtenden Steuern nicht berührt

werde, und da der Lehrer als Bewohner des Schulhauses keineswegs als Miether zu betrachten sei, mithin die von dem letztern geltenden Rechtsätze ohne eine ausdrückliche Vorschrift des Gesetzes nicht auf jenen angewendet werden können. Es wurde daher das die Klage abweisende Erkenntnis des Bezirksraths Heidelberg bestätigt.

In dem letzten Fall war die klagende Schulschule bei der heutigen mündlichen Verhandlung durch den Hrn. Oberschulrath Zoss, die Beklagte durch Hrn. Anwalt Maier von Bruchsal vertreten. In den übrigen Fällen waren die H. Anwälte A. Gutmann und Fürst von hier erschienen. Als Vertreter des Staatsinteresses fungirte Hr. Ministerialrath Winnefeld.

#### Nachschrift.

Stuttgart, 26. März. Zollparlamentswahlen. Gesamtergebnis. (S. M.)

1. Wahlkreis: Ravensburg u. Frhr. v. Neurath 9624, Springer 839.

2. Wahlkreis: Saulgau u. Abgestimmt haben 14,196. Gewählt: Probst mit 12,142 Stimmen. Friedrich Kaula 1992.

3. Wahlkreis: Ulm, Biberach u. Abgegebene Stimmen 14,253. Schäffle 9979, Pfeiffer 3927, v. König 347.

4. Wahlkreis: Urach u. Frhr. v. Varnbüler mit 10,362 St., Otto 2883.

5. Wahlkreis (Geislingen u.): Wahlberechtigte 20,347. Abgestimmt 15,372. Freisleben 5478, Römer 5002, Rechberg 4989. Also keine absolute Mehrheit, folglich Nachwahl zwischen Freisleben und Römer.

6. Wahlkreis: Ehlingen u.: Deffner gewählt mit 10,391, Hölder 2659.

7. Wahlkreis: Ellwangen u. f. w.: Zahl Wahlmänner 20,387, abgestimmt haben 9828. Wohl gewählt mit 6680, Rechberg 2292, Lang 738.

8. Wahlkreis: Mergentheim u.: Abgegebene Stimmen 7464, davon Staatsrath Wittnacht 6313, Fürst von Langenburg 1036.

9. Wahlkreis: Dehringen u. f. w.: R. K. Tafel d. A. von Stuttgart gewählt mit 6597 Stimmen. Graf Zeppelin 3828 St.

10. Wahlkreis (Heilbronn u.): Reibel gewählt mit 6281 Stimmen. Goppelt erhielt 2302.

11. Wahlkreis (Hall, Backnang, Marbach, Baihingen): Desterlen 9104, Fabrikant Weber 1614 Stimmen.

12. Wahlkreis: Ludwigsburg, Cannstatt u.: Abgegebene 11,278 Stimmen. Dekonomierath Ramm in Rippenburg mit 6467, Professor Dr. Reyscher in Cannstatt 4787 Stimmen.

13. Wahlkreis: Stuttgart (Stadt und Amt): Wahlberechtigt waren 21,715, gewählt haben 14,845. Hievon erhielt Fabrikant Rudolf Knoß 10,176 Stimmen, Kaufmann Gustav Müller 4636. Auf andere Namen 6, ungültige 27.

14. Wahlkreis: Böblingen, Calw u.: Dörtenbach 10,555, D. Ehen 4569 St.

15. Wahlkreis: Reutlingen u.: Dr. Ammermüller 6580, Präf. Weber 2584.

16. Wahlkreis: Freudenstadt u.: Wilhelm Erath in Horb gewählt mit 5547 Stimmen, Werner in Hohenheim 2636, Sarney von Stuttgart 2441.

17. Wahlkreis: Rottweil u.: Abgestimmt 11,268. Bahlinger gewählt mit 6553, Bürck 3235, Fischbach 1369, auf Andere und ungültig 111.

Nach der politischen Richtung werden sich die Gewählten etwa in folgende vier Gruppen einteilen lassen: 1) Großdeutsch, österröisch-freundlich, Preußen nicht geneigt, im Uebrigen mit Unterschieden hinsichtlich der volkswirtschaftlichen, politischen und konfessionellen Anschauungen: Frhr. v. Neurath, Prof. Schäffle, Moriz Wohl, Obersteuerath Bahlinger, R. K. Probst, Kaufmann Erath. 2) Volkspartei: Dr. Ammermüller, Fabrikant Deffner, R. K. Freisleben (vorausgesetzt, daß er bei der Nachwahl über den national-liberalen Römer siegen wird), R. K. Desterlen, R. K. Tafel. 3) Mittelpartei: Bankier Dörtenbach, Fabrikant Knoß, Dekonomierath Ramm, Kaufmann Reibel. 4) Die freien Minister: Staatsrath v. Wittnacht, Frhr. v. Varnbüler. In Betreff der Frage der Ab- oder Zunehmung zu Preußen, zu den neuen Verhältnissen in Deutschland, zu den Verträgen und deren weiterer Ausbildung werden sich die Gewählten etwa in der angeführten Reihenfolge verhalten, so daß Frhr. v. Varnbüler durch den Ausfall der Wahl die vorderste Linie der Vertheidigung resp. Ausbildung der bestehenden staatsrechtlichen Verhältnisse zugefallen sein dürfte.

Washington, 25. März. (Kabeltelegramm aus Reuter's Office.) Johnson legte sein Veto gegen die Bill ein, welche die Appellation vom Distriktsgericht an den obersten Gerichtshof aufhebt.

Frankfurt, 26. März, 2 Uhr 32 Min. Nachm. Dester. Kreditaktien 192 1/2, Staatsbahn-Aktien 256 1/2, National 53 3/4, Steuerfreie 50 3/4, 1860er Loose 71 1/2, Dester. Valuta 102 1/2, 4proz. bad. Loose 97 3/4, Amerikaner 75 1/2, Gold 138 3/4.

#### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

23. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27.920	+ 4.0	S.W.	ganz bew.	trüb, windig, frisch
Mittags 2 "	8.40	+ 6.0	W.	"	"
Nachts 9 "	7.83	+ 2.5	"	"	Strichregen regnerisch

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 27. März. 2. Quartal. 44. Abonnementsvorstellung. **Zwei Könige**, geschichtliches Schauspiel in 5 Akten, von Otto Devrient. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.



31.641. Am 21. März ent- schließ zu Basel nach schwerem Krankenlager der Particulier Hans Christian v. Böckmann im 78. Lebensjahre, welches wir, um stille Theilnahme bittend, allen Freunden und Bekannten hiemit anzeigen. Die trauernden Hinter- bliebenen.

31.647. Karlsruhe. Bekanntmachung. Mit Genehmigung Großherzoglichen Handelsmini- steriums wird für die Rindvieh-Zuchtbiere, welche zu dem am 4. und 5. Mai d. J. in Mannheim statt- findenden Markte auf der Großherzoglichen badischen Bahn befördert werden, eine Frachtbewilligung in der Art bewilligt, daß der Rücktransport frachtfrei statt- findet, wenn durch eine Bestätigung der Ausstellungs- kommission nachgewiesen wird, daß die zu transportir- enden Biere ausgefüttert gewesen, aber nicht verkauft worden sind. Karlsruhe, den 24. März 1868. Direction der großh. Verkehrs-Anstalten. Zimmer. Sueb.

31.599. Nr. 1353. Karlsruhe. Bekanntmachung. Die diesseitige erste Gehilfenstelle mit einem Gehalt von 600 fl. ist sogleich oder längstens innerhalb 3 Mo- naten mit einem in den Geschäften der Steuerverwal- tung geübten Gehilfen zu besetzen. Diejenigen Herren Kameralpraktikanten oder Kame- ralaspiranten, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, werden eingeladen, ihre Anmeldung unter Vorlage der Zeugnisse baldigst dabin einzureichen. Karlsruhe, den 23. März 1868. Großh. Hauptsteueramt.

Graveur - Gesuch. Dauernde Condition in der Gravier-Anstalt und Metallschrift- giesserei von Ferd. Triefenbach, Constanz.

31.590. Raßau. Pugmacherin, eine geübte, wird sogleich auf unbestimmte Zeit ge- sucht. Näheres Strohhutfabrik J. Schmidt in Raßau.

31.644. Ein im Eisenfache bewandter junger Mann (Israelite) wird bis 1. Mai d. J. zu engagiren gesucht. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

31.638. Basel. Offene Commisstellen. 1 Buchhalter, 3 Reisende, 3 Comptoiristen und 12 Commis verschiedener Branchen finden Anstellungen. Die Adressen dieser Stellen werden nur unter Nach- nahme meines Honorars mitgetheilt. Franz Hoffmann, Geschäftsmann, Basel, Rheinbrunn 2.

31.612. Lehrlingsgesuch. In ein En-gros-Geschäft wird ein Lehrling mit den nöthigen Vorkenntnissen aus guter Fa- milie unter billigen Bedingungen gesucht. Näheres Auskunft ertheilt die Expedition dieses Bl.

31.463. Karlsruhe. Unterzeichnete empfehlen ihr Lager in allen Sorten Grassamen zu Anblümungen von Wiesen und Böschungen, sowie verschiedenen Sorten Kleesamen in frischer und zu- verlässiger Qualität. Jollhofer & Schollenberger in Karlsruhe.

31.649. Carl Arleth, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe, empfiehlt frischen echten westphälischen Pumpernickel &c.

31.487. Furtwangen. Empfehlung. Auf kommende Saison sind in der Strohhutfabrik von Jos. Kaiser & Co. in Furtwangen Strohz-, Palm-, Pferdehaar- und Hanzhüte in den neuesten Façonnen für Herren, Damen, Knaben, Mädchen und Kinder pr. Duzend von 4 fl. - 50 fl. zu haben; sowie auch Knabenmützen, Strohhutgarnituren und Strohhütchen.

Eisenbahnstation Heidelberg. 31.577. Dreihäutigen, ewigen Hopfen- und Weis-Wiesentee-Samen, Sparsette, alle Sorten Grassamen, besonders empfehlens- werth Grassamenmischung zur Anlegung von Wiesen für trockene und feuchte Bodenarten, unter Garantie für Keimkraft à 8 fl., 10 fl., 12 fl., 14 fl., 16 fl., 18 fl., 20 fl., 22 fl. per Centner, empfiehlt J. F. Schäfer.

31.642. Auba bei Achem. Weinversteigerung. Herr Dü-ßay, Gutsbesitzer von Auba, läßt Donnerstags den 2. April d. J., Vormittags 11 Uhr, daselbst folgende Weine versteigern: 66 Dhm 1867r. Achenhöfer weißer, 18 Dhm 1867r. Aubaerer dito, 4 Dhm 1865r. dito. Aus Auftrag: Philipp Ketterer.

31.606. Karlsruhe. Großherzogl. Evangelisches Schullehrerseminar. Die Prüfungen, wozu wir die Eltern der Schüler und Freunde der Anstalt einladen, finden in obgenannter Weise statt: Samstag 28. März, 2 - 5 Uhr, Prüfung der Böglinge in der Musik. 5 - 6 Uhr, Turnprüfung derselben auf dem Turnplatze. Montag 30. März, 8 - 12, 2 - 6 Uhr, Prüfung in den übrigen Gegenständen. Donnerstag 2. April Prüfung der Seminaristen, 8 - 10 I. Cl.; 10 - 12 II. Cl.; 2 - 4 III. Classe. Der Unterricht an der Seminaristen-Schule beginnt wieder am Montag den 20. April. Da die I. Classe getrennt werden wird, so kann dieses Jahr eine größere Anzahl Knaben in dieselbe aufgenommen werden, worauf wir die Eltern mit dem Ersuchen aufmerksam machen, die neu Eintretenden vor Ostern bei der Direction an- melden zu wollen. Karlsruhe, den 24. März 1868. Die Seminardirection.

31.631. Dr. Linck's Malz-Extracte. Unter des Erfinders persönlicher Leitung dargestellt durch C. B. Linck & Co. in Stuttgart. 1. Gemisch rein, mit schwachem Hopfenzusatz, völlig frei von unangenehmen, überhaupt fremdartigen Substanzen, auch von Weingeist, Kohlen- säure, und Ferment. Vorzüglicher Wohlgeschmack und in Folge eines verbesserten Verfahrens durch Herrn Dr. Linck jahrelange Haltbarkeit. 2. Dasselbe, mit starkem Hopfenzusatz. Kräftiges, höchst angenehmes Aroma. Sehr wohl- thätige, beruhigende Wirkung auf die Nerven. Kommt außer anderweitiger vielfacher Verwendung in einer der bedeutendsten und anerkannt bestgeeigneten physikalischen Anstalten Süddeutschlands in erheblicher Quantität zur Anwendung. 3. Dasselbe, eisenhaltig, frei von Hopfen. Der Zusatz von ferr. pyrophosph. beträgt auf die Tagesgabe von zwei Eßlöffeln 1 Gram, nebst der zur Lösung erforderlichen Menge von natr. pyrophosph. 4. Dasselbe, chininhaltig, frei von Hopfen. Zusatz von chinin. hydrochlor. auf die Tages- gabe von zwei Eßlöffeln: 1 Gram. 5. Dasselbe, als Nähr- und Kräftigungsmittel für Kinder eigens präparirt. Frei von Hopfen und Medicament. Sehr lieblich süßschmeckend. Urtheile und Erfahrungen von einer namhaften Zahl der geachteten Aerzte stehen zur Seite. Zu beziehen durch unser General-Depôt für das Großherzogthum Baden bei Herrn Ch. Klein in Pforzheim.

General-Depôt für das Großherzogthum Baden bei Herrn Ch. Klein in Pforzheim. Chem-reines Malz-Extract von Dr. Linck. STUTTGART.

31.636. Warnung. Es wurde in letzter Zeit ein nachgeahmtes Produkt durch täuschende Form der Gläser und Etiquette in Verkauf ge- bracht; der Erfinder oben erwähnter Präparate warnt deshalb nachdrücklich vor derartigen Nach- ahmungen, und bittet noch besonders auf den Wortlaut beigedruckter Signatur zu achten. C. B. Linck & Comp.

1867r Frankfurter Aepfelwein. Dieses zur Kar, sowie als Labetrank so beliebte Getränk von anerkan- ter Güte bringt bei jetziger Saison - als auch zu Wairank vorzüglich geeig- net - in freundliche Erinnerung Das Versandt-Geschäft eigener Kellerei von Georg Rackles in Hornheim b. Frankfurt a. M. Preis per Dhm (180 Flaschen) 6 Thlr., Borsdorfer 7 Thlr., prima Bors- dorfer 8 Thlr. 31.636.

31.564. Raßau. Verkaufsanzeige. Eine Malzquetschmaschine mit glatten Walzen und mit Transmission zu betreiben, 3 doppelte große, eichene Gerstenweichhaken; ferner 1 Ponny-Wagen mit Patentachsen zu ein- und zweifachem zu fahren, sind zu verkaufen. Näheres bei Herrst. Kupp, Kommissionsbureau in Raßau.

31.593. Raßau. Versteigerung abgän- giger Leinwand. Mittwoch den 1. April d. J., Vormittags 10 Uhr, wird in dem Magazin der Kaiserverwaltung in der Wilhelm-Kaserne nachstehende abgängige Lein- wand gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigert: 3000 Stück Handtücher, beiläufig 600 Pfund, 3710 mittlere Theile von Lein- tüchern, beiläufig 1800 eine Partie weiße Abfälle, bei- läufig 1100 eine Partie graue Abfälle, bei- läufig 300 Raßau, den 21. März 1868. Großh. Kaiser-Verwaltung. Raßau.

31.624. Karlsruhe. Bekanntmachung. Zur Herstellung des zweiten Geleises auf den Bahn- strecken von Heidelberg nach Neckenheim, von Durlach nach Wilsbergingen und von Pforzheim nach Mühl- aden bedürfen wir nachstehende Schienen und Schie- nenbefestigungsmaterialien, nämlich: 11,000 Stück Eisenbahnen mit einem beiläufigen Gewicht von 61,600 Zollentner. 22,000 Stück Lashen von Stahl mit einem beiläufigen Gewicht von 2,255 Zollentner. 50,000 Stück Lashenschrauben mit einem beiläufigen Gewicht von 540 Zollentner. 20,000 Stück Unterlagsplatten I. Sorte mit einem beiläufigen Gewicht von 460 Zollentner. 12,000 Stück Unterlagsplatten II. Sorte mit einem beiläufigen Gewicht von 276 Zollentner. 200,000 Stück Schienenlöben mit einem beiläufigen Gewicht von 1,100 Zollentner. Wir laden zur Einreichung von Angeboten auf die ganze oder theilweise Lieferung dieser Materialien ein. Die Angebote, in welchen der Preis per Zollentner franco Bahnhof, am Rhein- oder Neckarhafen in Mannheim oder auf irgend eine andere Eisenbahn der Großh. badischen Staats-Eisenbahn zu stellen ist, sind spätestens bis zum 16. April d. J., Morgens 9 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift: „Lieferung von Schienen und Schienenbefesti- gungsmaterialien“ versehen, an die unterzeichnete Stelle einzuhändigen. Die näheren Lieferungsbedingungen können bei

31.619. Karlsruhe. Baunafford-Begebung. Die Erbauung eines Pferdehalles für die Garnison Bruchsal, insbesondere die Maurerarbeiten, veranschlagt zu 10,754 fl. 52-cr. die Baunaffordarbeiten, 3,451 fl. 48-cr. Zimmerarbeiten, 7,264 fl. 28-cr. Schlosserarbeiten, 1,692 fl. 42-cr. Blecharbeiten, 420 fl. 28-cr. Tischarbeiten, 36 fl. 40-cr. Plästerarbeiten, 1,887 fl. 40-cr. sollen im Commissionswege in Afford vergeben werden. Die inländischen Baunaffordnehmer werden hieron mit dem Anfügen in Reminisch gefest, daß Baupläne, Bedingungen und Voranschläge in dem Militärbau- bureau, Innerer Birtel Nr. 31, sowie bei der Kaiser- verwaltung in Bruchsal zur Einsichtnahme abge- legt, und die nach Procentfähen der Uebertragbeträge ausgeübten Angebote längstens bis Donnerstag den 2. f. Mts., Mittag 12 Uhr, in einem der genannten Bureaus, mit der Aufschrift „Commissionsangebot“ versehen, vorstfrei einzureichen sind. Karlsruhe, den 24. März 1868. Der Großh. Militärbaumeister. A. A. Dehager, Baucontroleur.

31.643. Karlsruhe. (Tagdverpachtung.) Das Recht zum Fangen von Wildenten auf den Grün- den im vollen Reim längs den Gemäuerungen von Gegenstein und Reppelbächen wird Mittwoch den 1. f. M., Vormitt. 10 Uhr, auf beiseitigem Geschäftszimmer verpachtet. Karlsruhe, den 25. März 1868. Großh. Bezirksforstl. Gegenstein. v. Kleiser.

31.584. Nr. 91. Friedrichthal. (Holz- versteigerung.) Aus Großh. Hartwald werden versteigert, Montag den 30. d. M., aus Abth. Schöneichen-Jagen &c.: 9 Stämme Eichen, Nuz- und Bauholz, 7 Forlen, 29 Lannen, 15 tannene Sprich- und Gerüstlängen, 2 1/2 Kfir buchenes, 1 1/2 Kfir, eichenes Scheit- holz, 2 Kfir buchenes, 1 1/2 Kfir, eichenes, 1 1/2 Kfir, forlenes Prügelholz. Die Zusammenkunft ist früh 9 Uhr auf der Frie- drichthalen Allee an der Eutenjecker Lueralle. Friedrichthal, den 23. März 1868. Großh. bad. Bezirksforstl. von Merhart.

31.969. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) Die Gant über das Vermögen der Geschwister Heilig von hier betr. Den Schuldnern der Gantmasse wird aufgezeig, bei Vermeidung doppelter Zahlung an Niemand als an den Massepfleger Kaiserlicher Herrschmidt hier Zahlung zu leisten. Karlsruhe, den 21. März 1868. Großh. bad. Amtsgericht. v. Vincenti. W. Frank.

31.652. Krautheim. (Erbschaftliche Heiligung.) Durch Vererbung unseres zweiten Geleises ist dessen Stelle mit einem Jahresgehalt von 500 fl. erledigt und soll alsbald wieder besetzt werden. Berechtigte Bewerber wollen sich innerhalb 8 Ta- gen ander wenden. Krautheim, den 25. März 1868. Großh. Oberrechneramt und Domänenverwaltung. B. N.

31.947. Ettenheim. (Aktuarstelle.) Eine Aktuarstelle ist hier sofort zu besetzen. Gehalt 450 fl. Nebenemkünfte circa 40 fl. Ettenheim, den 23. März 1868. Großh. bad. Amtsgericht. Schreyer.

Table with columns: Staatspapiere, Wechsel-Kurse, and various financial data. Includes entries for Frankfurt, 25. März, and various bank and stock prices.